

## **Beschlussauszug**

**Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 17.04.2024**

---

**Anlass:** Sitzung  
**Zeit:** 15:00 - 16:45  
**Raum, Ort:** Konferenzräume 2-4 des BraWoPark Business Centers III, Willy-Brandt-Platz 13, 38102 Braunschweig

---

### **Ö 3.4.2 Wohnungslosigkeit**

---

Beschlussart:

Die Präsentation wird als Anlage beigelegt.

Frau Ihbe fasst zusammen, dass niemand draußen verweilen müsse, es aber scheinbar noch Hemmungen gebe, die Hilfen zu nutzen.

Herr Winckler fragt nach, was der Hauptgrund dafür sei, dass Menschen die Kompetenz fehle, in einer Wohnung zu leben. Außerdem bittet er zu erläutern, wie die besorgniserregende Tendenz der letzten Jahre zu erklären sei. Die AGW habe berichtet, dass es vermehrt zu Problemen bei der Tafel komme und die Anfragen für Schuldnerberatungen steigen würden.

Frau Parchem antwortet, dass es aus ihrer Sicht ein gesamtgesellschaftliches Problem sei und die Probleme zunehmen würden. Die Gründe hierfür seien vielschichtig. Den Personen, die untergebracht werden, würde eine würdige Unterkunft angeboten. Es gebe keine eins zu eins Betreuung und häufig Probleme, wie Suchterkrankungen und Aggressivität. Außerdem sei nicht jeder an einer Wohnung interessiert.

Frau Dr. Flake ergänzt, dass Obdachlosigkeit auch vermieden werden müsste. Es habe im November einen Aktionstag gegeben und der Stadt Braunschweig sei ein Vorschlagskatalog überreicht worden. Sie fragt, ob hier etwas passiere. Sie berichtet, dass die Stadt Hannover einen Aktionstag gemacht habe, mit dem Ziel, dass 2023 keiner mehr wohnungslos ist. So einen Vorstoß habe es bei der Stadt mit dem Bündnis Wohnen auch gegeben, woraus sich z. B. das Probewohnen entwickelt habe. Sie fragt, was man tun könne und, ob man noch einmal einen Aktionsplan, wie beim Bündnis Wohnen, durchführen könne.

Herr Winckler ist ab 16:24 Uhr abwesend.

Frau Dr. Rentzsch berichtet, dass eine interne Abstimmung mit der Bauverwaltung erfolgt sei. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit werde das Thema Wohnen behandelt. Vor kurzem sei der Nationale Aktionsplan vom Bund auf den Weg gebracht worden. Dieser müsse noch verabschiedet werden. Es solle geschaut werden, ob es hier passende Maßnahmen für die Stadt Braunschweig gibt. Es sei außerdem geplant, dass das nächste Treffen des Bündnis Wohnen durch die Sozialverwaltung bespielt werde.

Frau Ohnesorge äußert ihr Erstaunen darüber, dass es zu wenige Wohnungen für das Probewohnen gebe.

Frau Parchem teilt mit, dass zwischen dem Probewohnen bei der Zentralen Stelle für Wohnraumhilfen (ZSW) und dem Probewohnen im Bereich Wohnungslosigkeit unterschieden werden müsse.

Herr Klockgether ergänzt, dass im Rahmen des Probewohnens der ZSW Personen eine Wohnung vermittelt werde, die auf dem "normalen" Wohnungsmarkt Schwierigkeiten haben eine Wohnung zu finden. Bei der Wohnungslosigkeit hätten die Hemmnisse und Schwierigkeiten zugenommen. Die ZSW sei personell aufgestockt worden und unterstütze auch bei der Wohnungssuche von Geflüchteten. Die 15 Probewohnungen würden sich lediglich auf den Bereich Wohnungslosigkeit beziehen.

Frau Ohnesorge bittet die Anzahl der insgesamt zur Verfügung stehenden Probewohnungen mit dem Protokoll nachzuliefern.

Frau Lenz berichtet, dass es Frauen gebe, die durch das Raster fallen würden und in den Hilfesystemen nicht ankommen würden. Hier müsse nach passenden Maßnahmen geschaut werden. Sie berichtet vom Runden Tisch Sexarbeit. Es gebe Frauen, welche in der Bruchstraße leben würden und keine eigene Wohnung hätten. Für diese sei der Ausstieg schwierig, da das Wohnen in der Bruchstraße 70 €/Tag kosten würde. Nach dem Ausstieg sei es schwierig diese Kosten ohne Prostitution zu decken. Es komme außerdem vor, dass Frauen Männer in die zur Verfügung gestellten Wohnungen bestellen würden, weil ihnen der Ausstieg schwer fiele.

Frau Kleinekathöfer fragt, ob beim Entlassungsmanagement z. B. von Menschen aus der Haft oder Menschen mit psychischen Erkrankungen sonstige Träger einbezogen würden.

Frau Parchem teilt mit, dass es Kontakt zu dem Verein Cura gebe. Sie berichtet über Schwierigkeiten bei Entlassungen aus Kliniken.

Frau Kleinekathöfer fragt nach, ob es Anbindungsversuche mit ambulanten sozialpsychiatrischen Trägern, wie z. B. mit dem Verein Der Weg oder Ambet gebe und ob das Entlassungsmanagement der Kliniken die Träger berücksichtige.

Frau Parchem antwortet, dass es ihr nicht bekannt sei, ob es Fälle gebe, die zu einer Anbindung an die o. g. Vereine passen würden. Es habe schwierige und erschreckende Situationen im Rahmen der Entlassungen von Patientinnen und Patienten aus den Kliniken gegeben.

Herr Winckler ist ab 16:38 Uhr anwesend.

Frau Ihbe fragt nach, ob es Möglichkeiten gibt, solche Situationen mit den Kliniken zu besprechen, um diese zu vermeiden. Sie fragt außerdem, ob Supervisionen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten würden.

Frau Parchem bestätigt, dass es einen Austausch und Supervisionen gebe.

### **Protokollnotiz zu der Anzahl der Probewohnmaßnahmen im allgemeinen Bereich (außer Wohnungslose):**

Seit Beginn der Ankäufe von Besetzungsrechten auf dem Privatvermietermarkt 2018 wurden insgesamt **98** sogenannte Probewohnmaßnahmen eingeleitet.

Demgegenüber stehen aktuell **505** Haushalte mit insg. **935** Personen, die bei der ZSW als Personenkreis mit erschwerten Bedingungen beim Zugang zum allgemeinen Wohnungsmarkt gelistet sind. Dazu kommen noch **144** Haushalte mit insg. **265** Personen aus den Bereichen Geflüchtete nach Abschluss des Asylverfahrens an den WSO sowie Kriegsvertrieben aus der Ukraine.

Anlage 1      Präsentation Unterstützungsangebote bei Wohnungslosigkeit